

Die Wahrheit über den Bundeshaushalt

– Fakten und Zahlen –

Der Deutsche Bundestag hat vom 27. bis 30. Januar 1981 vier Tage lang in erster Lesung über die Regierungsvorlage zum Bundeshaushalt 1981 und den Finanzplan des Bundes bis 1984 debattiert (vergl. UId 4/81). Die politischen Fronten sind klar. Jetzt wird der Haushaltsausschuß den Haushaltsentwurf bis Mitte Mai im einzelnen beraten. Die zweite und dritte Lesung des Haushalts im Bundestag wird voraussichtlich in der ersten Juniwoche und der zweite Durchgang im Bundesrat Ende Juni 1981 stattfinden, so daß zur Jahresmitte mit dem Inkrafttreten gerechnet werden kann. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Fakten und Zahlen:

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll der Bundeshaushalt 1981 ein Gesamtvolumen von 224,6 Mrd. DM haben. Das sind 4,8 v. H. mehr als der Haushalt 1980, so wie er vom Parlament bewilligt worden war. Der Bundesregierung ist es damit schon wenige Wochen nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, die Anfang November 1980 vereinbarte Begrenzung des Ausgabenzuwachses auf 4 v. H. im Jahre 1981 einzuhalten. Die Regierung verweist deswegen jetzt auf die Steigerung gegenüber den 1980 tatsächlich geleisteten Ausgaben, die mit 215,7 Mrd. DM bereits um 1,4 Mrd. DM über den vom Parlament gebilligten Ansätzen lagen, so daß sich die Steigerungsrate 1981 auf 4,1 v. H. reduziert.

In den Jahren 1982 bis 1984 sieht der Finanzplan ein Ausgabenwachstum von jährlich 5 v. H. bis auf 259 Mrd. DM im Jahre 1984 vor.

Zur Finanzierung dieses Ausgabenvolumens will die Regierung auch in den nächsten Jahren wieder hohe Schulden machen. Trotz drastischer Einnahmeverbesserungen (sprich: Steuererhöhungen) ist für 1981 eine Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) von 27,4 Mrd. DM vorgesehen. Nach dem Finanzplan soll das

auch in den Jahren bis 1984 nicht wesentlich weniger werden. In jedem einzelnen Jahr dieses Zeitraums wird die Bundesregierung wieder eineinhalb- bis zweimal so viel neue Schulden machen, wie CDU-geführte Regierungen bis 1969 zur Haushaltsfinanzierung in 20 Jahren zusammen aufgenommen haben (14 Mrd. DM):

TABELLE 1

Gesamtübersicht:

	1980 Soll ¹⁾	1981 Entw.	1982 — in Mrd. DM —	1983 Finanzplan	1984
Ausgaben	214,27	224,60	235,5	247,0	259,0
Steigerung gegenüber Vorjahr in v. H.		4,8	5	5	5
Einnahmen					
— Steuereinnahmen	177,50	183,27	197,0	209,9	225,8
— Verwaltungseinnahmen	12,09	13,42	12,0	12,1	12,6
— Münzeinnahmen	0,48	0,47	0,5	0,5	0,5
— Nettokreditaufnahme	24,20	27,44	26,0	24,5	20,1

¹⁾ Vorläufiges Ist 1980: Ausgaben 215,7 Mrd. DM; Nettokreditaufnahme 27,4 Mrd. DM.

Die tatsächliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund ist noch wesentlich höher, da auch die Tilgung von in früheren Jahren aufgenommenen Schulden durch Kredite finanziert wird (sog. Anschlußfinanzierung). Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) und Anschlußfinanzierung zusammen ergeben die Bruttokreditaufnahme.

TABELLE 2

Kreditfinanzierungsübersicht:

	1980 Soll	1981 Entw.	1982 — in Mrd. DM —	1983 Finanzplan	1984
Nettokreditaufnahme	24,20	27,44	26,0	24,5	20,1
Tilgungen	29,30	34,02	32,8	29,5	27,5
Bruttokreditaufnahme	53,50	61,46	58,8	54,0	47,6

Die geplante Neuverschuldung wird den Schuldenstand weiter in rasantem Tempo nach oben treiben, und zwar beim Bund wesentlich schneller als bei Ländern und Gemeinden.

TABELLE 3

Stand der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden (jeweils Jahresende)

	1974	1980	1981	1984	Steigerung 1974/84	
		— in Mrd. DM —			Mrd. DM	v. H.
Bund	69,4	228,5	255,9	326,5	257,1	370
Zum Vergleich:						
Länder u. Gemeinden	107,9	218,5	248,0	304,5	196,6	182
nachrichtlich:						
— Bahn	23,2	32,1	33,3			
— Post	40,5	37,6	41,4			
insgesamt	241,0	516,7	578,6			

Dieser Schuldenberg macht immer höhere Schuldendienstleistungen des Bundes erforderlich:

TABELLE 4

Schuldendienstleistungen

	1969	1980	1981	1984
		— in Mrd. DM —		
Tilgungen	8,5 ¹⁾	29,3	34,0	27,5
Zinsleistungen	2,5	14,2	16,9	23,9
Schuldendienst	11,0 ¹⁾	43,5	50,9	51,4
nachrichtlich:				
Neuverschuldung	0	24,2	27,4	20,1

¹⁾ 1969: Für die damaligen Jahre einmalig hohe Tilgungen von Krediten, die in den wirtschaftsschwachen Jahren 1967 und 1968 aufgenommen worden waren; Neuverschuldung 1969: 0.

Die Zinsleistungen (im Haushalt werden nur die Zinsleistungen, nicht die Tilgungen veranschlagt) beanspruchen immer höhere Anteile des Gesamthaushalts bzw. der Steuereinnahmen:

TABELLE 5

Anteile der Zinsleistungen an den Haushaltssätzen und den Steuereinnahmen

	1969	1980	1981	1984
		— in v. H. —		
Anteile der Zinsleistungen an den				
— Haushaltsansätzen	3,0	6,6	7,5	9,2
— Steuereinnahmen	3,2	8,0	9,2	10,6

Bereits jede zehnte Mark der Steuereinnahmen muß für Zinszahlungen ausgegeben werden.

TABELLE 6

Durch die hohen Schuldendienstlasten verliert der Kredit in zunehmendem Maße seine Funktion als Finanzierungsmittel:

Inanspruchnahme der Neuverschuldung durch den Schuldendienst (Zinszahlungen)

	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	— in Mrd. DM —					
Nettokreditaufnahme	29,9	24,2	27,4	26,0	24,5	20,1
÷ Zinsen	5,6	14,2	16,9	19,6	22,0	23,9
verbleiben	24,3	10,0	10,5	6,4	2,5	—3,8

Während im Rezessionsjahr 1975 nur noch über 80 v. H. der neu aufgenommenen Kredite zur Haushaltsfinanzierung (ohne Schuldendienstleistungen) zur Verfügung standen, sind es heute nur noch etwa 40 v. H. oder rund 10 Mrd. DM. 1982 werden es nur noch 25 v. H. (6,4 Mrd. DM) und 1983 nur noch 10 v. H. (2,5 Mrd. DM) sein. 1984 werden die Neuschulden dann schon nicht mehr ausreichen, um die Zinsen für die Schulden früherer Jahre zu bezahlen. Der Kredit hat dann seinen Sinn als Mittel zur Finanzierung von Bundesaussgaben verloren.

Der zunehmenden Belastung des Haushalts mit Schuldendienstleistungen entsprechen rückläufige bzw. stagnierende Investitionsausgaben:

TABELLE 7

Investitionen

	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	Ist	Soll	Entw.		Finanzplan	
Investitionsausgaben						
— in Mrd. DM	33,1	32,7	31,3	32,2	32,2	33,0
— in v. H. der Gesamtausgaben	16,2	15,2	13,9	13,7	13,0	12,8

Im Jahre 1984 wird die Investitionsquote (Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben), die in den 60er Jahren bei 17 bis 18 v. H. lag, mit 12,8 v. H. einen absoluten Tiefstand erreichen.

Die geplanten Schuldenzuwächse wären noch höher ausgefallen, wenn die Bundesregierung nicht drastische Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite vorgesehen hätte. Erhöht werden insbesondere die Mineralölsteuer, die Branntweinsteuer und die Postablieferung (Abschöpfung der überhöhten Telefongebühren: „Telefonsteuer“).

Außerdem nimmt die Bundesregierung die ab 1. Januar 1981 zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge dadurch indirekt zur Haushaltsfinanzierung in Anspruch, daß sie die gesetzlich festliegenden Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung kürzt.

Diese Abgabenerhöhungen, die fast ausschließlich dem Bund zugute kommen, gleichen die Einnahmeausfälle des Bundes durch das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Steuerpaket (den verspäteten Teilabbau heimlicher Steuererhöhungen) praktisch wieder aus. 1981 verbessert sich die Haushaltslage des Bundes sogar um 3,5 Mrd. DM. Länder und Gemeinden tragen die finanziellen Lasten des Steuerpakets somit allein.

TABELLE 8

Veränderung der Haushaltslage durch Steuerentlastungen und Abgabeerhöhungen

	1981	1982	1983	1984
	— in Mrd. DM —			
Bundeshaushalt				
— Steuermindereinnahmen durch Steuerentlastung	—3,93	—5,3	—7,1	—7,9
— Entlastung Bundeshaushalt				
+ durch Abgabeerhöhungen (Mineralölsteuer, Branntweinsteuer, Abbau von Steuervergünstigungen, Postablieferung)	+3,94	+5,1	+5,5	+5,5
+ durch Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung wegen Beitragserhöhung	+3,50	.	.	.
Verbesserung (+), Verschlechterung (—) der Haushaltslage	+3,51	—0,2	—1,6	—2,4
Zum Vergleich:				
Länder- und Gemeindehaushalte				
— Steuermindereinnahmen durch Steuerentlastung	—5,32	—7,8	—9,9	—11,0
— Steuermehreinnahmen durch Abbau von Steuervergünstigungen	+0,15	+0,3	+0,6	+ 0,6
Verschlechterung (—) der Haushaltslage	—5,17	—7,5	—9,3	—10,4

Für Bürger und Betriebe werden die Steuerentlastungen des Steuerpakets durch die Abgabeerhöhungen wieder aufgezehrt:

TABELLE 9

Steuerentlastungen und Abgabenerhöhungen im Vergleich

	1981	1982	1983	1984
	— in Mrd. DM —			
Steuerentlastungen durch Steuerpaket	9,25	13,1	17,0	18,9
Abgabeerhöhungen				
— Mineralöl	1,76	2,7	2,7	2,7
— Branntwein	0,75	0,9	1,0	1,0
— Abbau Steuervergünstigungen	0,31	0,5	1,0	1,0
— Postablieferung	1,27	1,3	1,4	1,4
— Höhere Beitragszahlung zur Rentenversicherung	3,20	3,4	3,6	3,9
— Höhere Beitragszahlung zur Krankenversicherung	4,40	4,4	4,6	4,8
Zusammen	11,69	13,2	14,3	14,8
Mehrbelastung (+), Entlastung (—) der Bürger und Betriebe	+2,44	+0,1	—2,7	—4,1

TABELLE 10

Ausgaben für wichtige Aufgabenbereiche

	1979	1980	1981	1984
	Ist	Soll	Entw.	Finanzplan
	— in Mrd. DM —			
Soziales	69,5	75,4	78,7	83,2
(darunter: Arbeitsmarktausgaben)	(1,7)	(3,4)	(7,0)	(4,4)
Verteidigung	38,6	41,1	43,4	48,6
Verkehr	28,4	27,5	26,5	26,0
Forschung und Entwicklung	7,2	7,9	8,3	9,7
Entwicklungshilfe	5,1	5,4	5,7	7,6
Gesundheitswesen	1,5	1,9	1,5	1,4
Wohnungswesen,				
kommunale Gemeinschaftsdienste	2,3	2,4	2,7	2,9
Landwirtschaft	2,2	2,8	2,1	2,2
Energie und Wirtschaftsförderung	5,5	5,8	6,2	5,5
Zuschuß zum Berliner Haushalt	8,3	9,0	9,6	11,4
Schuldendienst (Zinsleistungen)	11,8	14,2	16,9	23,9

Ein Vergleich des Haushaltsentwurfs 1981 und des Finanzplans mit den Bundesausgaben im Jahre 1969 zeigt, daß sich die Ausgabenstruktur im Grunde verschlechtert hat.

TABELLE 11

Vergleich der Ausgabenstruktur 1969 mit 1981 und 1984

	1969	1981 — in v. H. —	1984
Soziales	30,2	35,1	32,1
(Soziales, bereinigt um Arbeitsmarktmittel und Umstellung der steuerlichen Kinderfreibeträge auf Kindergeldzahlungen)	(30,2)	(28,8)	(27,1)
Verteidigung	23,9	19,3	18,8
Verkehr	12,8	11,8	10,0
Forschung und Entwicklung	2,2	3,7	3,7
Entwicklungshilfe	2,6	2,5	2,9
Gesundheitswesen	0,1	0,4	0,4
Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	1,2	1,2	1,1
Landwirtschaft ¹⁾	7,0	0,9	0,9
Energie und Wirtschaftsförderung	2,1	2,8	2,1
Zuschuß zum Berliner Haushalt	2,8	4,3	4,4
Schuldendienst (Zinsleistungen)	2,7	7,5	9,2
Investitionsausgaben	17,0	13,9	12,8

¹⁾ Ausgaben zum Teil auf die Europäischen Gemeinschaften übergegangen.

Der Anteil der wichtigen Aufgabenbereiche des Bundes ist rückläufig. Das gilt für die Verkehrs- und Verteidigungsausgaben ebenso wie für den Sozialbereich, wenn man die Sozialausgaben um die Mittel für Arbeitslose und die Umstellung der früheren steuerlichen Kinderfreibeträge bereinigt. Rückläufig ist vor allem auch der Anteil der Investitionsausgaben. Höhere Anteile für Forschung und Entwicklung, Entwicklungshilfe oder Gesundheitswesen sind marginal. Der einzige entscheidend höhere Anteil entfällt auf die Ausgaben für den Schuldendienst.

Der Haushaltsentwurf 1981 und der Finanzplan sind nicht frei von erheblichen Haushaltsrisiken.

Das betrifft zunächst die Steuereinnahmen. Der Steuerschätzung liegen gesamtwirtschaftliche Annahmen zugrunde, die die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht selbst in Frage stellt.

Das gleiche gilt für die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und den Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit.

Bei den Verteidigungsausgaben und den Entwicklungshilfeleistungen hält sich die Regierung nicht an ihre eigenen internationalen Zusagen, so daß sie unter internationalen Druck auf höhere Mittelbereitstellungen geraten könnte.

Mit einem Fragezeichen muß auch eine Einsparungsaufgabe (globale Minderausgabe) von 1,9 Mrd. DM versehen werden, die sich die Bundesregierung selbst

verordnet hat; in den letzten Jahren ist es ihr jedenfalls nicht gelungen, ihre Einsparungsvorsätze zu verwirklichen.

Für die Bundesbahn sind nur unzulängliche Mittel vorgesehen, so daß die Bahn gezwungen sein wird, anstelle des Bundes den Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen.